

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Mag. Dolores Bakos, BA (NEOS), Mag. (FH) Jörg Konrad (NEOS), Thomas Weber (NEOS), Mag. Nicole Berger-Krotsch (SPÖ), Safak Akcay (SPÖ) und Dr. Kurt Stürzenbecher (SPÖ) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke) für den Gemeinderat am 27.06.2023 - 28.06.2023.

Perspektiven auf Bleiberecht stärken statt Abschiebung für Arbeits- und Fachkräfte in Mangelberufen

Die Abschiebung einer indischen Familie aus Haslach an der Mühl in Oberösterreich sorgte im April für Aufregung und Proteste. Die Mutter war Messnerin und Köchin im lokalen Wirtshaus, die 21-jährige Tochter absolvierte gerade eine Ausbildung in der Altenpflege, während der 15-jährige Sohn noch die Mittelschule besuchte. Die Familie aus Haslach konnte keine Rot-Weiß-Rot-Karte für Mangelberufe beantragen, weil das Gesetz keine Möglichkeit dazu vorsieht. Es liegt daher an der Bundesregierung, mittels Regierungsvorlage in derartigen Fällen, Bleibeperspektiven zu schaffen.

Eine dahingehende Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte weiter aufzuschieben, wäre somit nicht nur menschlich und gesellschaftlich unklug, sondern auch wirtschaftlich wenig sinnvoll. Sowohl der Beruf Köchin als auch Pflegerin zählen derzeit zu den Mangelberufen. Das AMS zeigt in diesen Berufen von Jahr zu Jahr mehr gemeldete offene Stellen, während die Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen stark rückläufig ist. Inzwischen wirbt das Land Oberösterreich für Pfleger:innen auf den Philippinen, in der Steiermark soll Personal aus Kolumbien den Fachkräftemangel lindern und in Niederösterreich sucht man nach Personal im Vietnam. Angesichts des demografischen Wandels, welcher den Arbeits- und Fachkräftemangel zukünftig noch weiter verstärken wird, erscheint die Abschiebung einer 21-jährigen angehenden Altenpflegerin kontraproduktiv.

Obwohl Wien aus demografischer Sicht im Bundesländervergleich am besten dasteht, spürt die Stadt den Arbeits- und Fachkräftemangel vor dem Hintergrund als Bundeshauptstadt mit der größten Bevölkerungsdichte – vor allem, aber nicht nur, im Gesundheits- und Pflegebereich. Dort wird zum Beispiel alleine im ambulanten Bereich, bis [2030 mit einem Bedarf von rund 9.000](#) zusätzlichen Mitarbeiter:innen ausgegangen. Währenddessen steht der öffentliche Sektor Wiens vor einer Pensionierungswelle. Herausforderungen wie die Photovoltaik-Offensive und „Raus aus Gas“ bringen darüber hinaus einen neuen Arbeits- und Fachkräftebedarf mit sich.

Der Status-Quo, dass gut integrierte Menschen wie jene indische Familie aus Haslach an der Mühl abgeschoben werden, stieß bei vielen Bürger:innen über die Parteidgrenzen hinweg auf völliges Unverständnis. Auch dem SPÖ-Bürgermeister von Haslach blieb es ein Rätsel, warum man in dem konkreten Fall Menschen in

Ausbildung abschiebt. Der Anlassfall hebt hervor, dass die Schaffung neuer Bleibeperspektiven unter bestimmten Umständen, insbesondere bei Mangelberufen sinnvoll erscheint.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschluss-(Resolutions)antrag:

Der Wiener Gemeinderat fordert die Bundesregierung, insbesondere den Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft und den Bundesminister für Inneres, auf, eine Regierungsvorlage zu erarbeiten, welche bessere Perspektiven für Asylwerber:innen in Mangelberufen im Inland eröffnet.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung. In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

27.06.2023

